

## Editorial

Frank Heuberger, Nino Kavelashvili, Mirko Schwärzel und Ansgar Klein

# Für ein anderes Europa – Die EU in der zivilgesellschaftlichen Diskussion

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0056>

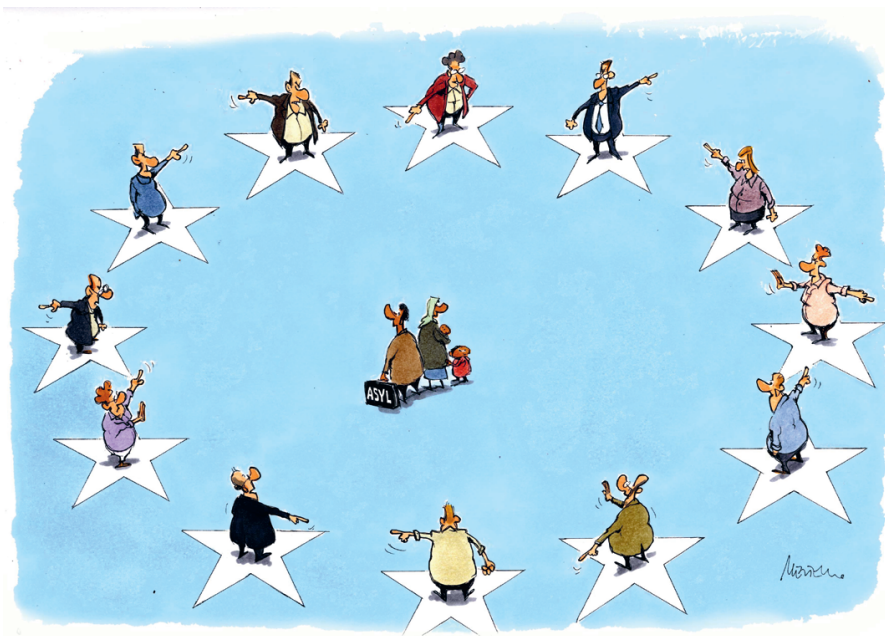
Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 sind von Vielen im Vorfeld als Wahlen von historischer Bedeutung bezeichnet worden. In ganz Europa wurden in den vergangenen Jahren bereits ein politischer Rechtsruck und nationalistische Tendenzen beobachtet. Dadurch hat auch die allgemeine Zustimmung zur europäischen Integration Schaden genommen. Der Brexit kam verschärfend hinzu. Doch waren es weniger die Wahlprogramme der etablierten Parteien, die dem Projekt Europa neue progressive Ideen und notwendige Reformperspektiven geben konnten. Vielmehr war es die europäische Zivilgesellschaft, die mit ihren zahlreichen Kampagnen und Aktionen ein deutliches Zeichen für die europäischen Werte setzte. In ihren Manifesten und Positionspapieren hat sie konkrete Forderungen für die Zukunft der EU formuliert. Wie das neugewählte EU-Parlament und die neuformierte EU-Kommission nun mit dieser erstarkten europäischen Zivilgesellschaft zusammenarbeiten könnte, soll in diesem Themenschwerpunkt beleuchtet werden.

## Die Europawahl 2019

Mit einer Wahlbeteiligung von 61,4 Prozent bei der Europawahl in Deutschland wurde die höchste Beteiligungsquote seit der Wiedervereinigung erreicht. Auch europaweit war die Wahlbeteiligung mit 51 Prozent die höchste seit 20 Jahren. Die Polarisierung vor der Wahl – repräsentiert zum einen von den rechtspopulistischen Nationalisten und Europakritikern, zum anderen von den pro-europäischen Kampagnen – hat Wirkung gezeigt. Die WählerInnen haben realisiert, dass es um die künftige Ausrichtung der Europäischen Union geht und diese Wahl, anders als in der Vergangenheit, von entscheidender Bedeutung ist. Immer wieder war die Rede von einer „Schicksalswahl“ (vgl. Bukow 2019). Der Brexit, aber auch eine von rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien forcierte

Renationalisierung, die Frage der sozialen Dimension Europas und nicht zuletzt die drängenden Herausforderungen des Klimawandels haben die Wahlbeteiligung nach oben getrieben. Insbesondere Umweltthemen und Klimapolitik, ins Zentrum der Wahrnehmung gerückt durch „Fridays for Future“, haben dabei eine dominante Stellung eingenommen und vor allem den Grünen in Deutschland gute Wahlergebnisse beschert (vgl. Sommer, Rucht, Haunss, Zajak, 2019).

Die alten Volksparteien haben dagegen bei der Europawahl schlecht abgeschnitten. Überfordert durch die Anforderungen einer immer stärker von den Sozialen Medien bestimmten Wahlkampfkommunikation (exemplarisch die Reaktion der CDU/CSU auf die REZO-Kritik in den Sozialen Medien), haben sie die Rolle des Internets in der kurzfristigen Meinungsbildung und Wählermobilisierung ebenso deutlich unterschätzt wie das zentrale Thema des Klimawandels (vgl. Studie BMU 2018). So wurde schnell die Frage aufgeworfen, ob die Volksparteien in ihrer Schwerfälligkeit, mit ihrem alten Wählerklientel und einer weiterhin v. a. traditionellen Kommunikation bald am Ende sind. Je jünger die Wähler in Deutschland waren, desto mehr grün haben sie gewählt. Bei den unter 40 Jährigen wurden die Grünen sogar stärkste Kraft. Und während die SPD in allen Altersgruppen stark verlor, konnte die CDU nur noch in der Gruppe der über 60 Jährigen ihre Spitzenposition halten.



Zwar blieb in Deutschland der Rechtsruck im zuvor befürchteten Umfang aus – die AfD konnte die erhofften Wählerprozente nicht realisieren. Doch ist dieses Ergebnis nicht auf die Europawahl insgesamt übertragbar und von Entwarnung kann auch hierzulande keine Rede sein. Betrachtet man die Ergebnisse für die rechtspopulistischen und rechtsnationalistischen Parteien in Frankreich, Italien, Großbritannien, Ungarn, Polen, Griechenland oder Österreich, so zeichnet sich hier ein durchaus dramatischeres Bild ab. Insgesamt hat mit dieser Wahl die Polarisierung in der Europäischen Union deutlich zugenommen – eine schwere Hypothek für die notwendigen politischen Maßnahmen. Darüberhinaus werden Entscheidungsfindung und Initiativen, die vom neu gewählten europäischen Parlament ausgehen, in Zukunft eher noch schwerer werden. Womit sich die Frage stellt, ob das EU Parlament noch der Garant für eine erhoffte Demokratisierung der EU sein kann oder ob es sich nicht noch euroskeptischer positionieren wird?

## **Bruch mit dem SpitzenkandidatInnen-Prinzip: Die Agenda von der Leyens**

Zudem haben die nationalen Regierungen das vom Europäischen Parlament eingeforderte Spitzenkandidatenprinzip desavouiert und an den SpitzenkandidatInnen vorbei eine eigene Kandidatin, Ursula von der Leyen, als neue Kommissionspräsidentin nominiert. Darin offenbart sich nicht zuletzt die Schwäche des EU Parlaments. Eine unglückliche Entwicklung, denn die nationalen Kampagnen vieler europäischer Zivilgesellschaftsorganisationen haben sich an den SpitzenkandidatInnen, ihren Programmen und Versprechungen orientiert. Das Europäische Parlament hat schließlich von der Leyen mit knapper Mehrheit bestätigt – es bleibt aber abzuwarten, wie sich diese Entwicklung auf das Projekt einer gestärkten und demokratisierten Europäischen Union auswirken wird.

Zum Thema europäische Demokratie kündigte von der Leyen in ihrer Bewerbungsrede vor dem Europäischen Parlament eine zweijährige Konferenz für Europa ab 2020 an, bei der die Bürgerinnen und Bürger eine führende und aktive Rolle spielen sollen. Sie betonte auch, dass das Spitzenkandidaten-System gestärkt werden müsse und die Einführung transnationaler Listen bei künftigen Europawahlen in Erwägung gezogen werden sollte. Sie erklärte ihre volle Unterstützung für ein Initiativrecht des Europäischen Parlaments und verpflichtete sich, einen Legislativvorschlag als Reaktion auf jede Entschließung vorzulegen, die mit der Mehrheit der Mitglieder des Parlaments angenommen wird. Für die Bekämpfung des Klimawandels kündigte sie einen „Green Deal für Europa“ und ein europäisches Klimagesetz an. Um einen Plan für nachhaltige Investitionen

umsetzen zu können, sollen Mittel in Höhe von einer Billion Euro innerhalb eines Jahrzehnts bereitgestellt werden. Große Konzerne etwa der Internetindustrie sollen in Europa künftig angemessene Steuern zahlen.

In der im Wahlkampf strittigen Frage der Migration betonte von der Leyen in ihrer Rede, dass zu den europäischen Werten auch die Pflicht gehöre, Leben auf See zu retten. Folgerichtig müsse eine humane Grenzpolitik umgesetzt werden. Sie sprach sich für einen „neuen Pakt über Migration und Asyl“ und für die Reform der Dubliner Verordnung aus und fügte hinzu, dass die Frontex-Belegschaft schon bis 2024 auf 10 000 Mitarbeiter anwachsen und alle Länder ihren gerechten Anteil an der Last auf der Grundlage des Grundsatzes der europäischen Solidarität übernehmen sollten. Dass hier noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten ist, kann kaum übersehen werden.

## Themenschwerpunkt: Europäische Zivilgesellschaft und EU

Vor dem skizzierten Hintergrund stellt der vorliegende Themenschwerpunkt die Frage nach den Folgen der Europawahl für die Akteure der europäischen Zivilgesellschaft. Den Auftakt macht *Rupert Graf Strachwitz* mit grundlegenden Hinweisen zum gemeinsamen europäischen Narrativ. Gebraucht wird ein Ordnungsmodell für das 21. Jahrhundert. Es wird sich wahrscheinlich eher auf Regionen als auf Nationen und ganz sicher auf eine europäische Zivilgesellschaft stützen müssen. Auch diese muss sich allerdings erst entwickeln, obwohl es seit fast 100 Jahren zivilgesellschaftliche europäische Bewegungen gibt.

## Die Agenda der europäischen Zivilgesellschaft

Viele pro-europäische Kampagnen haben sich in einem erheblichen Umfang in die Wahlkampfkommunikation eingebracht. Das deutsche Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) war Ende März 2019 Gastgeber der über das European Civic Forum vernetzten Organisationen der europäischen Zivilgesellschaft. Deren Vertreter haben im Vorfeld der Europawahl 2019 im Roten Rathaus die „Berliner Agenda“ beschlossen, die das Forschungsjournal in diesem Heft dokumentiert.

Dabei ist die Berliner Agenda kein neues Positionspapier. Vielmehr integriert und ergänzt sie zentrale Bereichs-Agenden der europäisch vernetzten zivilgesell-

schaftlichen Organisationen und fasst zusammen, wie sich die Zivilgesellschaft die Zukunft Europas vorstellt. Sie greift auf Standpunkte, Vorschläge und Forderungen zurück, die bereits zuvor von zahlreichen zivilgesellschaftlichen Netzwerken, Vereinen, Stiftungen und Denkfabriken beschlossen und veröffentlicht wurden. Die Agenda konzentriert sich auf die Kernthemen Demokratisierung der Europäischen Union, uneingeschränkte zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit sowie Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit (vgl. Berliner Agenda). Konzipiert als offenes Dokument, kann und soll an der Agenda kontinuierlich weitergearbeitet werden. Das BBE und seine europäischen Partner planen bereits einen zivilgesellschaftlichen Begleitkongress für die EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 in Berlin, bei dem Umsetzung und Fortschreibung der „Berliner Agenda“ im Zentrum stehen.

Die weiteren Beiträge greifen einige der in der Berliner Agenda diskutierten Vorschläge auf und stellen sie in den Kontext der Reformdebatte der europäischen Demokratie und einer stärkeren Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Entscheidungsprozesse.

*Jürgen R. Grote* zeichnet in seinem Beitrag das Verhältnis der EU(-Institutionen) und der organisierten Zivilgesellschaft in den vergangenen drei Jahrzehnten nach. Seiner Ansicht nach hat es kaum eine staatliche Institution gegeben, die die Beteiligung der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungsprozessen so sehr gefördert hat wie die EU-Kommission. Gleichwohl sei die Beziehung der europäischen Zivilgesellschaft zu den EU-Institutionen durch Höhen und Tiefen gekennzeichnet. Vieles an programmatischen Vorgaben aus den Hochzeiten sei in der Entwicklung wieder verloren gegangen oder harre noch der Umsetzung. In der aktuellen Krisensituation des europäischen Projekts liege aber auch die Hoffnung und Chance, dass sie eine kollektive Antwort und Rückbesinnung auf die Wichtigkeit zivilgesellschaftlicher Mitwirkung hervorbringt. Grote, der direkt in die Planung und Durchführung italienischer Partnerschaftsabkommen eingebunden war, beschreibt den Zusammenhang von Zivilgesellschaft und EU daher aus regionaler und europäischer Perspektive. Die Tatsache, dass sein Beitrag auf Englisch erscheint, ist dem späten Rückzug seiner französischen und polnischen Koautoren geschuldet.

Der Beitrag von *Christine Landfried* beschäftigt sich mit der Frage, wie einzelne EU-BürgerInnen an der Diskussion um notwendige Reformen der EU beteiligt werden können. Am derzeitigen Wendepunkt des europäischen Integrationsprozesses brauche es eine grundlegende Richtungsweisung in Form eines Verfassungsvertrags, der in einem Verfassungskonvent erarbeitet werden sollte. Landfried schlägt Bürgerkonferenzen zur Beteiligung eines möglichst breiten Querschnitts der europäischen Bürgerschaft vor. Orientiert am Konzept der Zukunftsräte beinhaltet der Beitrag auch einen konkreten Umsetzungsplan.

*Bernd Hüttemann* und *Elena Sandmann* beleuchten in ihrem Beitrag die zivilgesellschaftlich-verbandliche Interessenvertretung in Brüssel und den Zusammenhang zwischen politischer Einflussnahme von Interessengruppen im EU-Gesetzgebungsprozess und pluralistischer Demokratie im europäischen Mehrebenensystem. Dabei gehen sie kritisch der Frage nach, ob (zivil-)gesellschaftliche Interessenvertretung analytisch vom (Wirtschafts-)Lobbyismus unterschieden werden sollte. Zentrale These ist, dass Interessenvertretung nur im Kontext größerer Transparenz aller beteiligten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, staatlichen, gesetzgeberischen und mittelbaren Akteure zu mehr Demokratie und Legitimation im Mehrebenensystem der EU beitragen kann.

*Felix Oldenburg* und *Max von Abendroth* legen mit ihrer Idee eines „Binnenmarktes für Philanthropie“ konkrete Vorschläge für die Stärkung der transnationalen Stiftungsarbeit in Europa und einer europäischen Zivilgesellschaft vor. Wesentliches Element einer Stärkung der Möglichkeiten für zivilgesellschaftliche Organisationen, ihre Anliegen in die politischen Entscheidungsprozesse in Brüssel hineinzutragen, sind rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen. Im Mittelpunkt eines solchen philanthropischen Binnenmarktes stünden Reformschritte zur Beseitigung administrativer Hürden und die Anerkennung der Rechtspersönlichkeit von Stiftungen innerhalb der gesamten EU.

## Wie kann eine Umsetzung der europäischen Agenda der Zivilgesellschaft gelingen?

Das vorliegende Themenheft ist in enger Kooperation mit dem Europeatteam des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) entstanden (Gast-Herausgeberschaft). Nach seiner Mitwirkung an der Erarbeitung der Berliner Agenda zur Europawahl 2019 wird das BBE im Jahr der deutschen Ratspräsidentschaft 2020 weiter an der Vernetzung und Abstimmung zivilgesellschaftlicher Positionen zur Zukunft Europas arbeiten.

Um die Frage nach den Folgen der Europawahl für die europäische Agenda der Zivilgesellschaft weiter zu präzisieren, haben das BBE und das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) am 28./29. November 2019 im WZB einen Wissenschaftskongress „Zivilgesellschaft und Europa“ veranstaltet. Aus dokumentarischen Gründen und mit Blick auf die erwartbare Anschlusspublizistik nach dem Kongress im Forschungsjournal, dokumentieren wir das Kongressprogramm in der online-Rubrik zu diesem Heft.

Im Kontext der EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands, das ist bereits Tradition in der Europäischen Gemeinschaft, wird im Herbst 2020 ein Begleitkongress der europäischen Zivilgesellschaft stattfinden. Mit den Akteuren der europäischen Zivilgesellschaft wurde bereits vereinbart, dass das BBE diesen Kongress in Berlin durchführen wird. Mit diesem Kongress bietet sich die Möglichkeit, die Implementierungsfortschritte der „Berliner Agenda“ zentral zu erörtern und voranzutreiben.

Strategisch notwendig erscheint insbesondere die Stärkung der europäischen Öffentlichkeit als Voraussetzung für die kontinuierliche Umsetzung einer gemeinsamen Agenda der Zivilgesellschaft. Eine solche europäische Öffentlichkeit scheitert nicht an der Vielsprachigkeit der Europäischen Union, sondern daran, dass bisher nicht die gleichen Themen in identischen Zeitkorridoren in den EU-Mitgliedsländern intensiv erörtert werden. Damit fehlen nach wie vor die Voraussetzungen für eine gemeinsame transnationale Meinungsbildung.

Derzeit wird im BBE daran gearbeitet, eine Partnerschaft mit jeweils einer großen Tageszeitung pro EU-Mitgliedsland aufzubauen und auf dieser Basis regelmäßig zivilgesellschaftliche Fragestellungen zu erörtern. Dies wäre ein substantieller Beitrag zur Stärkung der europäischen Öffentlichkeit und zur Profilierung einer europäischen Agenda der Zivilgesellschaft.

Dabei muss freilich auch mit Kontroversen innerhalb der Zivilgesellschaft gerechnet werden – sind doch die rechtspopulistischen und nationalistischen Akteure Teil der zivilgesellschaftlichen Handlungsräume, solange sie sich nicht durch eindeutig antidemokratisches Handeln aus der rationalen Diskursarena verabschiedet haben. Diese Debatte gilt es zu führen, mit offenem Visier. Ohne diese Debatte dürfte eine europäische Agenda der Zivilgesellschaft und auch eine europäische Öffentlichkeit nicht zu haben sein. Die Auswahl der Beiträge in diesem Heft favorisiert dabei deutlich die pro-europäische Perspektive.

Die Debatte um Europa bestimmt diesmal auch die Beiträge der Rubrik Puls-schlag. Sie sind in enger Zusammenarbeit mit dem BBE aus dessen Newsletter (Nr. 5/2019 des BBE Newsletter für Engagement und Partizipation) entnommen – wir danken den AutorInnen und dem BBE für die Abdruckgenehmigung in diesem Themenheft. Hier finden sich hochrangige Beiträge der Europa-Union (Christian Moos), der Diakonie (Ulrich Lilie), des Deutschen Frauenrates (Anja Nordmann) und aus der kulturellen Bildung (Susanne Keuchel, Akademie der Kulturellen Bildung des Bundes und des Landes NRW e.V).

Dem Themenschwerpunkt vorgelagert präsentiert die „Aktuelle Analyse“ von Silke Hünecke eine Bestandsaufnahme der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung, ihres Selbstverständnisses, ihrer Anliegen und Protestformen. Damit eröffnet sich ein anderer Blick auf das Verhältnis regionaler und nationaler zivilgesellschaftlicher Identitäten und ihr Verhältnis zum Nationalstaat und zu Europa.

Das Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) veröffentlicht in seiner Rubrik eine aktuelle Analyse des sich derzeit in Brasilien abspielenden Rechtsrucks unter Präsident Bolsonaro.

In der online-Rubrik zu Heft 4/2019 dokumentieren wir zudem das Programm des Europakongresses der Zivilgesellschaftsforschung, die das BBE und das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung Ende November 2019 in Berlin gemeinsam durchgeführt haben.

In unserer Literaturreubrik findet sich neben anderen eine Rezension von Felix Schilk zu Cornelia Koppetsch (2019) *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld: transcript. Wir weisen an dieser Stelle darauf hin, dass der Transcript-Verlag den Band wegen fehlender Quellenbelege aus dem Handel zurückgezogen hat. Vor Neuerscheinungen sollen alle Fehler beseitigt sein. Zeitangaben zum Erscheinungstermin der 3. Auflage konnten vom Verlag noch nicht gemacht werden.

*Dr. Frank Heuberger*, Europa-Beauftragter des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE); *Nino Kavelashvili*, Europa-Referentin des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), *Mirko Schwärzel*, Leiter der Europäischen Netzwerkstelle des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (*GastherausgeberInnen*)

*PD Dr. Ansgar Klein*, Mitherausgeber des Forschungsjournal *Soziale Bewegungen* und BBE-Geschäftsführer (*für Redaktion und Herausgeber des Forschungsjournal*s)

## Literatur

*Bukow, Sebastian* 2019: Europawahl in Deutschland 2019, Ergebnisse und Analysen. In: *böll. brief* 2019. Demokratie & Gesellschaft # 12. Mai 2019.

*Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit* (Hrsg.) 2019: Umweltbewusstsein in Deutschland 2018. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. Mai 2019.

*Sommer, Moritz/Rucht, Dieter/Haunss, Sebastian/Zajak, Sabrina* 2019: Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland. ipb working paper 2/2019.